

43. Sitzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

06.05.2020: Flächeninanspruchnahme - Flächen nachhaltig nutzen



Handout zum Vortrag für die Mitglieder des parlamentarischen Beirates

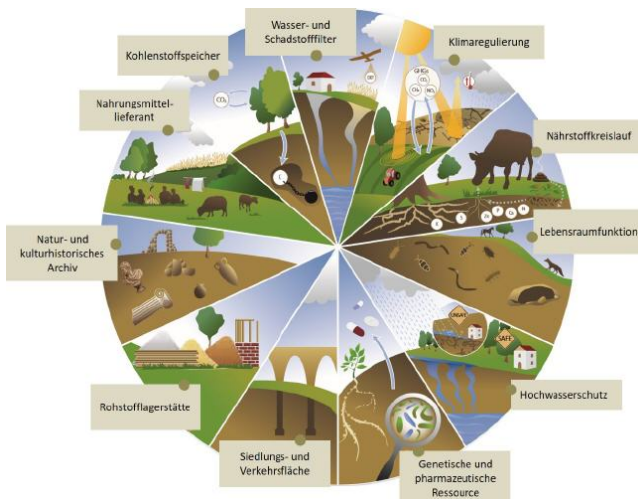
Bedeutung des un bebauten Bodens als Existenzgrundlage

Der Boden steht über allem

Bodenschutzklausel §1a BauGB:

“(2) Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.“

Der Boden steht unter allem



Kontakt

NABU Bundesverband

Stefan Petzold

Referent für Siedlungsentwicklung

Tel. +49 (0)30 284.984 16 46

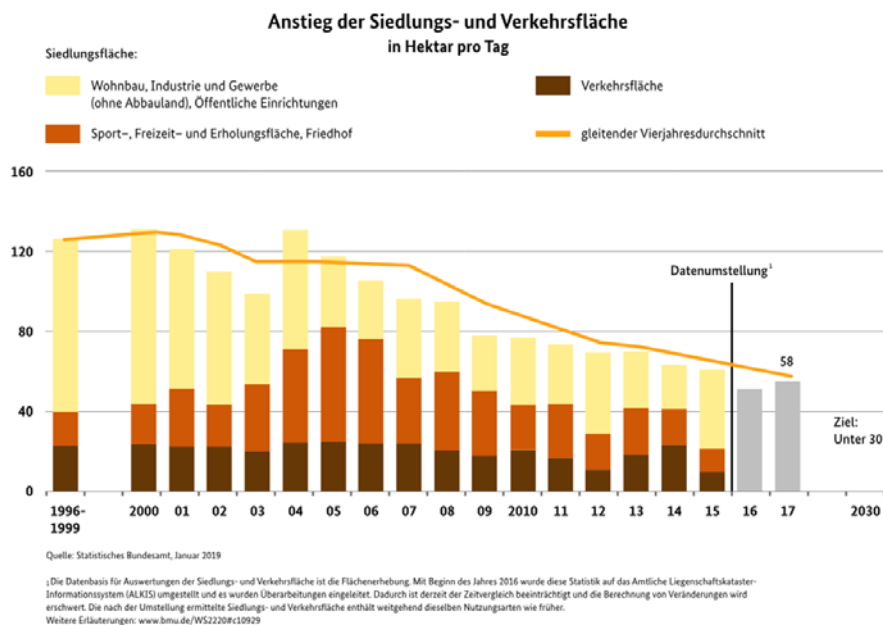
Fax +49 (0)30 284.984 35 46

stefan.petzold@NABU.de

- zahlreiche Funktionen
- nach Ozeanen zweitgrößter Kohlenstoffspeicher
- effektiver Bodenschutz ist Klimaschutz

Dimensionen des Flächenverbrauchs

- Studie iÖR und PIK zur Dichte des Häusernetzes in Deutschland, 2019
- Bezog alle Gebäude mit mind. 10qm Grundriss ein
- größtmöglicher Abstand zweier Nachbargebäude = 6,3km
- in 99% der Fälle ist Nachbargebäude weniger als 1,5km entfernt
- Verdeutlicht Ausmaß des Flächenverbrauchs in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2019

- Höhepunkt um 2000, danach Regulierung, rückläufiger Trend
- dennoch jährlich Verbrauch einer Fläche wie Frankfurt/ Main –trotz langfristigem Bevölkerungsrückgang
- Würdigung der besonderen Herausforderung und der Bedeutung des Bodens im Umweltbericht der Bundesregierung (2019): bessere Nutzung der Siedlungsflächen, Vermeidung von Außenentwicklung und Freiraumverlust
- ABER: Verfehlung der gesteckten Ziele (ursprünglich 30ha bis 2020) aus Klimaschutzplan 2050 und Deutscher Nachhaltigkeitsstrategie
- Ziel muss sein, so schnell wie möglich Netto-Null-Flächenverbrauch (2030)

Reduktionsziele Flächenverbrauch (eigene Darstellung)

Institution	Programm	Forderung	Umsetzung
Europäische Union	Ressourcenstrategie	Netto Null	bis 2050
Bundesregierung	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie	30ha/Tag <30 ha/Tag	bis 2020 bis 2030 (seit 2016)
Bundesrat (2011)		Netto Null	bis 2025, spätestens 2030
BMU	Integriertes Umweltprogramm (2016)	20ha/Tag	bis 2030
		30ha/Tag	bis 2020
		<30 ha/Tag Netto Null	bis 2030 bis 2050
Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)	Umweltgutachten 2016	Netto Null	bis 2030

Auswirkungen des Flächenverbrauchs

Ökologische

- Zerschneidung von Lebensräumen und Biotopvernetzungen, Rückzugsorte, Trittsteinbiotop
- Verinselung von Artvorkommen, Verlust genetischer Vielfalt
- Verlust von Biodiversität
- Verlust der Bodenfunktionen
- Auswirkungen auf Wasserhaushalt
- negative Auswirkungen auf Klimawandel

Ökonomische

- hohe Infrastrukturkosten für Neubauprojekte (Erschließung und Folgekosten)
- Erschweren der Verkehrswende
- Ressourcenknappheit
- erforderliche Siedlungsumbaukosten zur Anpassung an Klimawandel
- Verfehlung der gesteckten Ziele (ursprünglich 30ha bis 2020) aus Klimaschutzplan 2050 und Deutscher Nachhaltigkeitsstrategie

Soziale

- „Donut-Effekt“: zerfallende Ortskerne, Destabilisierung ländlicher Räume
 - Verlust urbaner Kulturgeschichte
 - durch Wachstum in Randlagen erschwerte Versorgung
 - Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Folge Klimawandel
- Direkter Zusammenhang zu weiteren Herausforderungen: Klimawandel, Artensterben, Verkehrswende, Ressourcenknappheit, demographischer Wandel
- Drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs bietet Lösungsansätze

Problem erkannt? – Instrumente

s. NABU-Grundsatzprogramm Nachhaltige Siedlungsentwicklung, u.a.:

- bedarfsorientierter Wohnungsbau an richtigen Stellen

- „doppelte Innenentwicklung“ – Nachverdichtung und Grünflächenerhalt
- Studie TU Darmstadt (2016&2019) – Wohnraumpotential im Bestand 2,3 – 2,7 Mio. Wohnungen
- durch Umnutzung und Aufstockung von Büro-, Industrie-, Bestandswohngebäuden und Infrastruktur
- Studie BBSR (2015) – ca. 120.000ha Potential an Brachflächen und Baulücken
- flächendeckende Führung eines Katasters wünschenswert
- vorhandene Instrumente bestehendes Baurecht ausnutzen (Festsetzungen B-Pläne)
- Modernisierung veralteter Vorschriften (Dichtevorgaben und Nutzungstrennung BauNVO)
- Bodenspekulationen unterbinden: Reformierung Grundsteuer/ Bodenwertsteuer, Novellierung Baugebote und kommunales Vorkaufsrecht
- verbindliche Flächenreduzierung über festgelegte Flächensparziele je Bundesland
- interkommunale und regionale Zusammenarbeit
- nachhaltige Verkehrswende, Flächenverbrauch durch Pkw enorm
- Entwicklung einer grünen Infrastruktur
- Vorbildwirkung für Privathaushalte, z. Bsp. Vermeidung von Schottergärten (Festsetzungsmöglichkeit in Bebauungsplänen nutzen, geltendes Recht umsetzen), best practice: Durchgrünungsortsgesetz (2019) Bremen konkretisiert BauGB und setzt sich gegen Schottergärten und für Dachbegrünung ein

Fehlanreize abschaffen

- konterkarieren Flächensparziele
- z. Bsp. Erhöhung Pendlerpauschale, Baukindergeld für Neubau, beschleunigte Bebauungsverfahren

§13b BauGB

- befristet bis 31.12.2019, Bestrebungen der Wiederaufnahme
- erweitert 2007 (§13a, diente auch Schutz des Außenbereichs) eingeführtes Instrument des beschleunigten Bauens im Innen- auf Außenbereich
- Ziel: Bewältigung der Flüchtlingskrise und Schaffung (sozialen) Wohnraums
- in über 85% der Anwendungsfälle Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern (in Bayern nur in 7% in verdichteten Räumen, 93% ländlicher Raum); s. Anlage 1
- Wegfall Kompensationsverpflichtungen, Wegfall frühzeitiger Bürgerbeteiligung, Beschneidung der Umweltprüfung, muss nicht aus FNP entwickelt werden
- zusätzlich viele Anwendungsfehler in der Praxis (Umweltprüfung, Artenschutz)
- Paradox: häufige Anwendung in schrumpfenden Gemeinden
- heizt Konkurrenzkampf um Anwohner und Gewerbe zwischen Kommunen an
- vielfach Umstellung normaler B-Plan-Verfahren auf 13b, da Freifahrtschein für Gemeinden
- Umweltbericht der Bundesregierung (2019) spricht sich gegen Verlängerung aus und gesteht ein, dass Auswirkungen auf Flächenverbrauch nicht berücksichtigt wurden
- dennoch Empfehlung der Baulandkommission zur Fortsetzung

→ scheitert an Gründen seiner Aufstellung

→ zeigt Dilemma der fehlenden Steuerung der Flächensparziele auf Landesebene

Vision einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Siedlung

Anlage 1 – Zusammengefasste Ergebnisse der Länderabfrage Anwendung §13b BauGB

Hessen	32	55	1534	hauptsächlich		auch vorgesehen	keine Angaben			
Mecklenburg Vorpommern	7	39	625	mind. 115 (genaue Anzahl ist nicht bestimmbar)	mind. 36 (genaue Anzahl ist nicht bestimmbar)	min. 25 (genaue Anzahl ist nicht bestimmbar)	x	x	x	keine
Niedersachsen	145		ca. 3700	überwiegend (3200 WE)		keine Angaben (aber 500 WE)	x	x	x	keine*
Nordrhein Westfalen (Stand 31.12.2018)	23	54	2128	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben			
Rheinland Pfalz	136		3800	fast ausschließlich		vereinzelt	x	x	x	keine
Saarland (Stand 15.03.2019)	5		35	ausschließlich		keine	x	x	x	keine
Sachsen	44	45	782 Wohngebäude (keine weiteren Angaben)							keine Angaben
Sachsen Anhalt	28	62	790	min. 243	keine Angaben	min. 12	x	x	x*	keine*
Schleswig-Holstein	22	105	2250	mind. 83 %		mind. 6 %	x	x	x	keine
Thüringen	13	31	320	fast ausschließlich (keine genauen Angaben)		keine Angaben	keine Angaben			

* gemäß telefonischer Rückfrage